

Eingebracht von: Plank, Dr. Franz-Joseph

Eingebracht am: 04.03.2021

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich erhebe Einspruch gegen die weitere Verschärfung des COVID-19-Maßnahmen-Gesetzes, zumal auch das jetzige COVID-19-Maßnahmen-Gesetz ein Verstoß gegen die Grund- und Freiheitsrechte und die Verfassung darstellt. Dies hat der VfGH auch schon mehrmals festgestellt. Diese Maßnahmen beruhen auf falschen Grundlagen, v.a. auf einem nicht validierten und bezüglich Infektion oder Ansteckungsgefahr nicht aussagefähigen und zudem sehr oft falsch positiven PCR-Test, der zwangsweise an täglich Zigtausenden Menschen durchgeführt wird, also auf falschen Statistiken, sowie grundsätzlich auf einem falschen Lebens-, Gesundheits- und Krankheitskonzept!

Außerdem sind weitere Verschärfungen und Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte mehr als unverhältnismäßig und der geplagten Bevölkerung sowie den KMUs, also der Wirtschaft, nach einem ganzen Jahr Corona-Panikmache und drei „lockdowns“ nicht weiter zumutbar! Die tatsächliche Triage in den (Jugend-)Psychiatrien (anders als in den Krankenhäusern) sowie die eklatant gestiegenen Suizid-Raten sollten Ihnen zu denken geben!

Ich fordere daher den Bundeskanzler, den zuständigen Gesundheits-Minister und die Opposition mit sämtlichen Abgeordneten dazu auf, Ihr falsches Lebenskonzept zu überdenken und die entsprechenden Konsequenzen aus ihrem bisherigen falschem Handeln mit den falschen Maßnahmen zu ziehen!

MfG

Dr. Franz-Joseph Plank

Klamm 112, A-3053 Laaben